

Kritik an Däkes Sparvorschlägen

Bund der Steuerzahler will bei Fraktionen sparen – Bayreuther Abgeordnete dagegen

BAYREUTH/BERLIN

Vor dem Hintergrund des gestern von der FDP vorgestellten Entwurfes für ein neues Steuersystem fordert der Bund der Steuerzahler Einsparungen bei den Fraktionen: „Eine Kürzung des Elterngeldes oder der Zuschüsse an die Bundestagsfraktionen wären nötig“, sagte der Präsident des Steuerzahlerbundes, Karl Heinz Däke. Nur so wären weitere Steuersenkungen ohne Neuverschuldung möglich. Der Kurier sammelte Reaktionen von Bayreuther Abgeordneten.



Peter Meyer, Landtagsabgeordneter der Freien Wähler: „Ich bin insbesondere darüber erstaunt, dass Herr Däke Elterngeld und Fraktionszuschüsse in einem Atemzug nennt. Bei diesen Alternativen würde sich wohl kaum jemand für die Kürzung des Elterngeldes entscheiden. Deswegen halte ich das Ganze für eine einseitige Diskussion. Die Kosten für das Parlament sind gemessen am Staatshaushalt ja auch geradezu lächerlich gering: In Bayern liegt der Anteil der Fraktionszuschüsse am Gesamthaushalt bei 0,035 Prozent und auf Bundesebene bei 0,026 Prozent. Bevor man also die Mittel der Fraktionen kürzen will, soll-

te man erst im Gesamthaushalt nach Einsparungsmöglichkeiten suchen.“



Staatssekretär Hartmut Koschyk, Bundestagsabgeordneter der CSU: „Für mich steht eine Kürzung der Zuschüsse gar nicht zur Disposition. Ich sehe das als populistische Forderung von Herrn Däke und gebe zu bedenken, dass die Fraktionen eine verfassungsgemäße Rolle ausüben. Auch den höheren Zuschlag für Abgeordnete der Opposition halte ich für gerechtfertigt. Dies sehe ich als Ausgleich für die Oppositionsparteien, den sie brauchen, um parlamentarisch reagieren zu können.“



Anette Kramme, Bundestagsabgeordnete der SPD: „Ich halte den Vorschlag für unsinnig. Nach dem schwa-

chen Wahlergebnis haben wir ohnehin schon finanzielle Einbußen hinnehmen müssen. Dadurch stehen unsere Mitarbeiter bereits jetzt unter erheblicher Belastung. Bei einer weiteren Kürzung wäre eine ordentliche Oppositionsarbeit, die für ein funktionierendes Parlament sehr wichtig ist, gar nicht mehr möglich.“



Ulrike Gote, Landtagsabgeordnete der Grünen: „Wer wie Herr Däke solche Forderungen stellt, hat Demokratie nicht verstanden und hat keine Ahnung von Parlamentsarbeit. Es geht gerade in dieser Zeit darum, politische Weichen zu stellen, und da wäre es absurd das Parlament mit derartigen Kürzungen zu schwächen. Abgesehen davon sind Steuersenkungen in der derzeitigen politischen Lage sowieso das Verkehrteste, was man machen kann.“



Thomas Hacker, Landtagsabgeordneter der FDP: „Grundsätzlich sollen alle Staatsausgaben überprüft werden, um Einsparungen zu treffen. Das Volumen der Fraktionszuschüsse allein ist dazu sicher nicht ausreichend. Eine Steuersenkung ist dennoch sinnvoll, da wir kein Problem bei den Einnahmen, sondern vielmehr bei den Ausgaben haben. Letztere werden wir kritisch überprüfen, jedoch ist es wenig zielführend einzelne Punkte wie die Fraktionsbezuschussung herauszuziehen.“

HINTERGRUND

Laut Bericht des Bundestagspräsidenten haben die Fraktionen im Bundestag nach Paragraph 50 des Abgeordnetengesetzes Anspruch auf Geld- und Sachleistungen aus dem Bundeshaushalt. Die Geldleistungen setzen sich aus einem Grundbetrag für jede Fraktion und einem zusätzlichen Pro-Kopf-Betrag für jedes Fraktionsmitglied zusammen. Weiterhin ist ein Zuschlag für die Fraktionen vorgesehen, die nicht in der Regierung sitzen (Oppositionszuschlag). Als Grund für die Leis-

tungen gibt der Gesetzestext die Finanzierung organisatorischer, administrativer und wissenschaftlicher Zusammenarbeit sowie sächlicher Ressourcen an. Eine sachgemäße und effektive Fraktionsarbeit soll damit gewährleistet werden. Im Jahr 2009 erhielt jede Fraktion im Bundestag monatlich 339 361 Euro und zusätzlich pro Mitglied 7086 Euro. Der Oppositionszuschlag betrug 15 Prozent auf den Grundbetrag und zehn Prozent auf den Betrag pro Mitglied. red

lr/haa